

30 Gründe gegen CETA (Prozess & Inhalt) **Kurzfassung** Christian Felber, Februar 2017

10 Gründe, warum der Prozess zu CETA nicht akzeptabel ist

1. Verlassen der multilateralen Ebene, um WTO plus-Themen durchzubringen

Handelsverträge sollten auf UN-Ebene geführt werden, in Abstimmung mit Menschenrechten, Arbeitsrechten, Umwelt- und Klimaschutz, kultureller Vielfalt und anderen primären Politikzielen.
→ **Zurück auf die multilaterale Ebene, aber im Rahmen der UNO!**

2. Der EU-Rat gab einen Auftrag zu Geheimverhandlungen

Die Verhandlungen zwischen zwei Demokratien sind kein profitorientierter Poker, sondern ein republikanischer Prozess. Dieser muss vom Wesen her öffentlich sein.
→ **Öffentliche Verhandlungen.**

3. Die genauen Auswirkungen auf die Umwelt, das Klima, die Artenvielfalt, die Verteilung, den sozialen Zusammenhalt, die kulturelle Vielfalt oder die Demokratie wurden nicht geprüft.

Wenn die Betroffenen nicht wissen, welche genauen Auswirkungen sie zu erwarten haben, kann keine sinnvolle Diskussion geführt werden. Die Grundlage für eine Abstimmung fehlt.

→ **Ganzheitliche Prüfung auf alle Grundwerte, Politikziele, Lebensqualität und Gemeinwohl.**

4. Vorrangige Anhörung von Industrielobbyisten durch die verhandelnde Kommission

In einem transparenten und demokratischen Verhandlungsprozess müssen alle betroffenen Gruppen in gleichem Ausmaß angehört werden. Das Protokoll der Treffen muss öffentlich sein.

→ **Gesetzlicher Ablauf von Verhandlungen, Einbindung aller Betroffenen.**

5. Viel zu umfangreiche Verpflichtungen und unleserlicher Text

CETA-Abkommen hat in der englischen Fassung 1598 Seiten. Das ist unzumutbar. Der Text ist über weite Strecken unleserlich. Und es gibt nicht einmal ein Inhaltsverzeichnis!

→ **Völkerrechtliche Abkommen müssen in einfacher und verständlicher Sprache verfasst sein und in ihrem Umfang begrenzt, sodass sich eine maximale Zahl von interessierten Menschen selbständig eine Meinung zum Text bilden können.**

6. Versuch der EU-Kommission, CETA als „EU only“ zu definieren

Das hätte Parlamente und Souveräne der Mitgliedsstaaten von der Mitentscheidung ausgeschlossen.

→ **Vor Beginn von Verhandlungen muss geklärt werden, ob ein EU only oder ein gemischtes Abkommen angestrebt wird. Ein gemischtes Abkommen muss von den Parlamenten oder Souveränen der Mitgliedsstaaten mit in Auftrag gegeben werden.**

7. Politisches Mobbing gegen Wallonien und Belgien im EU-Rat

Das wallonische Parlament hat sich intensiv zu CETA informiert und sich dann in demokratischer Freiheit gegen die vorliegende Fassung (z. B. mit Investorenklagerechten) ausgesprochen.

→ **In Demokratien ist die freie Meinung von Personen ebenso zu respektieren wie die Entscheidungen von demokratisch legitimierten Organen.**

8. Beschwichtigung der besorgten Öffentlichkeit mit 39 (!) wirkungslosen Zusatzerklärungen

Nach fünfjährigen Verhandlungen sind 39 nachträgliche Heftpflaster ein Hohn und Beweis dafür, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung vollständig ignoriert wurden.

→ **Das Wesentliche muss im Text stehen.**

9. Kategorisches Ignorieren der immer breiteren Protestallianz

Die Konsultation der EU-Kommission zu den Investitionsschiedsgerichten haben eine Ablehnung von 97% hervorgerufen. 101 Jus-ProfessorInnen aus 24 EU-Mitgliedsstaaten haben ihre Bedenken gegen CETA ausgedrückt, ebenso der deutsche Richterbund und der europäische Richterverband.

→ **Bei so prominenter Kritik muss der EuGH das Abkommen prüfen.**

10. Kategorischer Ausschluss des Souveräns von der Schlussentscheidung

In einer „selbstorganisierten BürgerInneninitiative“ unterschrieben 3,2 Millionen EU-BürgerInnen gegen TTIP und CETA. In Österreich unterstützten zuletzt gerade noch 6% der Bevölkerung CETA.

→ **Bei so breitem Widerstand muss die Entscheidung über die Annahme des Abkommens an den Souverän zurückgegeben werden.**

20 Gründe, warum der Inhalt von CETA nicht annehmbar ist

1. CETA verfolgt das falsche Ziel

Zentrales Ziel von CETA ist mehr Handel. Doch Handel ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Der Zweck ist die Umsetzung der Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit, kulturelle Vielfalt.

→ **Handel muss den prioritären Politikzielen dienen: nachweislich und verbindlich.**

2. CETA umfasst zu viele Politikfelder

Neben dem klassischen Warenhandel enthält CETA Verpflichtungen zu Investitionen, (Finanz-) Dienstleistungen, öffentlicher Beschaffung, Kapitalverkehr, geistigen Eigentumsrechten u. v. a. m. Deshalb war auch von Beginn an – und bis zum Ende – unklar, ob CETA EU only oder gemischt ist.

→ **Ein Handelsabkommen sollte sich auf wenige Kernbereiche beschränken.**

3. Arbeitsplatzeffekte sind fraglich

Während die offiziellen Studien zusätzliche Arbeitsplätze durch CETA vorhersagen, gibt es andere, die Einkommens- und Arbeitsplatzverluste errechnen, zum Beispiel die Studie der Tufts University.

→ **Solange selbst die positiven Effekte umstritten sind, ist CETA nicht unterschriftsreif.**

4. Mehr Handel mit einem der größten Umweltverbraucher der Erde?

Laut dem Global Footprint Network bräuchte die Menschheit, wenn sie im Schnitt so viele Umweltressourcen verbrauchen würde wie die durchschnittliche KanadierIn, stolze 4,8 Planeten.

→ **CETA muss beweisen, dass es den absoluten Ressourcenverbrauch verringert.**

5. CETA reguliert die Regulierer: „Zwangsjacken für die Demokratie“

CETA reguliert nicht Märkte, sondern Souveräne, Gemeinderäte, Landesregierungen, Parlamente und gesetzgebende Organe auf allen Ebenen. Es beinhaltet eine Reihe von „Superregulierungen“, die Regulierungen im Sinne des Gemeinwohls einschränken oder verbieten.

→ **Mit Wirtschaftsabkommen sollten Märkte reguliert werden, nicht die ReguliererInnen.**

6. Zwangsjacke I: Verpflichtung zum Zollabbau

In Artikel 2.1 verpflichten sich die EU und Kanada, den Handel „fortschreitend zu liberalisieren“. Zollabbau und Grenzöffnung sind aber kein Ziel, sondern Mittel. Wenn die Beseitigung von Zöllen zum Ziel wird, verliert eine Demokratie ein wichtiges Steuerungsinstrument der Wirtschaftspolitik.

→ **Zölle sind Instrumente der Wirtschaftspolitik und nicht grundsätzlich abzuschaffen.**

7. Zwangsjacke II: Verbot der Regulierung von Investitionen

Art. 8.5 zu Leistungsanforderungen („performance requirements“) verbietet den Vertragspartnern sinnvolle Regulierungen von Investitionen, wie zum Beispiel den Bezug von Vorprodukten aus der Region, Mindest-Exportquoten oder Technologietransfer an lokale Unternehmen.

→ **Demokratische Freiheit beinhaltet, Investitionen nach politischen Zielen zu regulieren.**

8. Zwangsjacke III: Korsett für Genehmigungsverfahren

Genehmigungsverfahren aller Art (vom Shopping-Center bis zur Müllverbrennungsanlage) müssen „so einfach wie möglich“ (12.3.7.) sein. Die Kriterien für die Erteilung müssen „klar“ und „objektiv“ sein und im Vorhinein veröffentlicht werden (12.3.2.a-c). Das öffnet Klagen Tür und Tor.

→ **Die nationalen Gesetze für Genehmigungsverfahren müssen ausreichen.**

9. Zwangsjacke IV: Forcierter Marktzugang

CETA verbietet Kanada und der EU, die Anzahl der Anbieter in einer Branche, den Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit einzelner Unternehmen, die Größe von Unternehmen (z. B. gemessen an Beschäftigten) oder die Kontrolle von Unternehmen durch ausländisches Kapital zu begrenzen.

→ **Demokratien müssen die Fähigkeit haben, Märkte zu gestalten und Kapital zu regulieren.**

10. Zwangsjacke V: Negativlistenansatz bei Dienstleistungen

Im Unterschied zu bisherigen Handelsabkommen wechselt CETA vom Positiv- zum Negativlistenansatz. Alles, was nicht explizit ausgenommen wird, muss vollumfänglich liberalisiert werden. Das macht Lernen unmöglich, und niemand sieht die Zukunft vorher.

→ **Zurück zum Positivlistenansatz.**

11. „Stillstand“ und „Sperrklinke“: Zwangsjacken VI und VII

Art. 8.15.1.a (Investitionen) und 9.7.1.a (Dienstleistungen) verbieten, dass Ausnahmen von Liberalisierungen ausgeweitet werden („standstill clause“). Die „Sperrklinkenklausel“ (ratchet clause) verbietet, dass Liberalisierungen, die über die vertraglich vereinbarten Verpflichtungen hinausgehen, rückgängig gemacht werden, die Sperrklinke rastet ein (8.15.1.c und 9.7.1.c).

→ **Die Zukunft muss entwicklungs offen, demokratischer Spielraum erhalten bleiben.**

12. Zwangsjacke VIII: Daumenschrauben für die öffentliche Beschaffung

CETA begrenzt die Bedingungen für die Teilnahme an einer Ausschreibung auf die „rechtlichen und finanziellen Kapazitäten sowie die kaufmännischen und technischen Fähigkeiten“ der Anbieter. Das ist das Ende einer Beschaffungspolitik. Ethische Kriterien werden zum „Handelshindernis“.

→ **Mit öffentlicher Beschaffung soll (z. B. Regional- oder Umwelt-)Politik gemacht werden!**

13. Öffentliche Dienstleistungen in Gefahr

Von den CETA-Pflichten sind öffentliche Dienstleistungen nur ungenügend ausgenommen. Stillstand-Klausel und Investorenklagen können demokratische Rekommunalisierungen verhindern.

→ **Bestehende öffentliche Dienstleistungen müssen vollständig ausgenommen werden. Die Rücknahme von Liberalisierungen muss ebenso möglich bleiben wie die Definition und Entwicklung neuer öffentlicher Dienstleistungen in der Zukunft.**

14. Arbeitsstandards unverbindlich - „Überprüfung“!

Im Unterschied zu den Rechten der Investoren bleiben die Rechte der ArbeiterInnen unverbindlich. Die vollständige Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen war *keine Bedingung* von CETA.

Kanada hatte bei Abschluss von CETA nur 6 von 8 Normen unterzeichnet, per Februar 2017 sieben von acht, das Recht auf Kollektivverträge besteht in Kanada nicht. Das verzerrt den Wettbewerb.

→ **Die Einklagbarkeit bestehender Standards muss Teil von CETA sein.**

15. Umweltschutz

Auch die Umweltschutzziele und die Einhaltung internationaler Umweltabkommen sind in CETA unverbindlich. Stattdessen bildet CETA eine Zange aus Restriktionen für die öffentliche Beschaffung, forcierte Dienstleistungsliberalisierung, regulatorischer Kooperation und Klagerechte.
→ **Ziellandprinzip! Bestehende Umweltschutzgesetze müssen einklagbar sein.**

16. Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit gefährdet

Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen“ (5.2.a) dürfen keine „ungerechtfertigten Handelsbarrieren“ darstellen (5.2.b).
→ **Gesundheitspolitik darf sich nicht rechtfertigen müssen, ob sie den Handel einschränkt.**

17. Vorsorgeprinzip

Dass im EU- und UN-Recht wichtige Vorsorgeprinzip wird auf 1600 Vertragsseiten nicht einmal erwähnt. Stattdessen kommt der Verweis auf den wissenschafts-basierten Ansatz mehrfach vor.
→ **Das Vorsorgeprinzip muss im Vertrag erwähnt und vollumfänglich anerkannt werden.**

18. Finanzmarkt- und Kapitalverkehrsliberalisierung

CETA vertieft die Liberalisierung der Finanzmärkte und erschwert eine Steuerung in Richtung Kreditgenossenschaften, Sparkassen und Ethik-Banken (13.6.1.b). Neue Regulierungsmaßnahmen müssen „in einer vernünftigen, objektiven und unparteiischen Weise“ ausgeführt (13.11.2.), was einer Einladung zu Klagen gleichkommt. Wenn „interessierten Personen“ das Recht eingeräumt wird, neue Gesetzesvorhaben „zu kommentieren“ (13.11.2.b), stärkt das die Lobbies weiter.
→ **Die Finanzliberalisierung muss zurückgenommen, Lobbies zurückgedrängt werden.**

19. Regulatorische Kooperation

Zwischen Kanada und der EU wird ein „Forum für regulatorische Kooperation“ geschaffen (21.6). Alle Maßnahmen, die CETA betreffen, sollen „in der frühest möglichen Phase“ bekannt gegeben werden, damit die Gegenseite die Regulierung beeinflussen kann, aber auch private Lobbies.
→ **Machtverschiebung nicht zu einer intransparenten neuen Instanz, sondern zum Souverän!**

20. Klagerechte für Konzerne

Investoren stehen Klagerechte bei einem eigens – nur für sie! – eingerichteten Schiedsgericht zu. Sie dürfen auf „unfaire Behandlung“ (8.10.1), und „indirekte Enteignung“ (8.12.1) klagen. Niemand sonst kann klagen und niemandes andere Rechte durchgesetzt werden.

→ **Eigentum ist streng genug geschützt. Jetzt müssen Menschen- und Arbeitsrechte, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Kohäsion und Inklusion verbindlich einklagbar werden.**

Hier geht es zur Langfassung mit Quellenangaben >> [10 Seiten, PDF](#)

Hier geht es zur Alternative für die EU-Handelspolitik >> [„Ethischer Welthandel“](#)